



Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
aus der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur
und des Küstenschutzes
gemäß GAK-Rahmenplan 2019-2022
Förderbereich 4: Markt- und standortangepasste sowie
umweltgerechte Landbewirtschaftung einschließlich Vertragsnaturschutz
und Landschaftspflege - Nicht-produktiver investiver Naturschutz

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen!

Empfänger (zuständige Behörde)

Landesverwaltungsamt
Referat 407 - Naturschutz, Landschaftspflege,
Bildung für nachhaltige Entwicklung
Dessauer Straße 70
06118 Halle (Saale)

Posteingangsstempel
Anzahl Anlagen

EU-Betriebsnummer (BNR-ZD, 12stellig)

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Antragstellerstammdaten	Der Stammdatenbogen ist im Kalenderjahr nur einmalig mit dem ersten Antrag für Fördermaßnahmen einzureichen.
<input type="checkbox"/> Der aktuell gültige Stammdatenbogen ist beigelegt.	<input type="checkbox"/> Eine Kopie ist beigelegt.
<input type="checkbox"/> Der aktuell gültige Stammdatenbogen wurde bereits eingereicht.	
<input type="checkbox"/> Der Stammdatenbogen wird nachgereicht.	

1. Angaben zum Antragsteller

Name, Vorname
Betriebsbezeichnung
Gemeinde, Ort

Der/die Antragsteller/in ist ein/e

Betriebsinhaber/in im Sinne des Artikels 4 Abs. 1 Buchstabe a der Verordnung Nr. 1307/2013, der eine landwirtschaftliche Tätigkeit auf Flächen, deren Nutzung überwiegend landwirtschaftlichen Zwecken dient, ausübt und den Betrieb selbst bewirtschaftet

anderer Landbewirtschafter (bitte erläutern)

Gemeinde bzw. Gemeindeverband

gemeinnützige juristische Person (bitte erläutern)

2. Antrag auf Projektförderung

Dieser Antrag betrifft

- die erstmalige Antragstellung für das Vorhaben.
- die Änderung eines bislang nicht bewilligten Antrages.
- die Änderung eines durch Zuwendungsbescheid bewilligten Antrages.

Aktenzeichen

3. Angaben zum Vorhaben

Kurzbezeichnung des Vorhabens

3.1 Beschreibung des Vorhabens und Darstellung der Notwendigkeit der Förderung

(Die Ausführungen sind auf das Wesentlichen zu beschränken. Sofern der Platz nicht ausreicht, fügen Sie dem Antrag, bezogen auf die nachfolgenden Punkte, eine gesonderte Anlage bei.)

3.1.1 Kurzbeschreibung des Projektgebietes

(Lage/Maßnahmegebiet, naturräumliche Ausstattung im Ist-Zustand, Flächengröße, etc.)

3.1.2 Gegenstand der Förderung

(Nennung Projektziele und die dafür erforderlichen Maßnahmen, ggf. Verbindung zu anderen Vorhaben, Dringlichkeit, Zeitplan etc.)

3.1.3 Beitrag des Projektes zur Verbesserung der Agrarstruktur

3.2 Vorhabensort

Stadt/Einheits-/Verbandsgemeinde	Gemarkung	Flur, Flurstück(e)

Das Vorhaben betrifft

Natura 2000 Gebiet

NSG / geplantes NSG

Großschutzgebiet

wertbestimmende Lebensraum-/Biotypen

3.3 geplanter Durchführungszeitraum

von (Monat/Jahr)

bis (Monat/Jahr)

3.4 Vorzeitiger Maßnahmebeginn wird beantragt

nein

ja (Monat/Jahr)

(Begründung ist beizufügen)

Die Bewilligungsbehörde behält sich die Zustimmung zu einem vorzeitigen Maßnahmebeginn vor. Voraussetzung ist ein vollständiger Antrag. Mit der etwaigen Zustimmung wird ausdrücklich noch keine Entscheidung über die Bewilligung der beantragten Zuwendung getroffen. Das finanzielle Risiko liegt allein beim Antragsteller. Jeglicher Vertrauensschutz oder Rechtsanspruch auf Bewilligung einer Zuwendung ist ausgeschlossen.

Hinweis: Bitte Beachten Sie, dass das Datum nicht vor dem Posteingang dieses Antrags im Landesverwaltungsamt liegen darf, da eine Genehmigung zum vorzeitigen Projektbeginn nicht rückwirkend erfolgen kann.

3.5 Fördergegenstände

Ich/Wir beantrage/n eine Projektförderung für

Nr. 2.1.a) der Richtlinien Investiver Naturschutz

aa) bb) cc) dd) ee) ff) gg)

Nr. 2.1.b) der Richtlinien Investiver Naturschutz

Nr. 2.1.c) der Richtlinien Investiver Naturschutz

3.6 weitere Angaben zum Vorhaben

a) Für das Vorhaben werden folgende behördliche Zulassungen (Genehmigungen, Erlaubnisse, Zustimmungen usw.) benötigt

Gegenstand	zuständige Behörde	beantragt	erteilt
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

b) Besitzverhältnisse

- Bund Land (zuständige Stelle) Landkreis Naturschutzverband/-stiftung
- sonstige öffentliche Institutionen (z. B. Kirchen) privat

3.7 Für dieses Vorhaben wird/wurde eine andere öffentliche Förderung beantragt/gewährt ¹

- nein ja, beantragt ja, erhalten

4. Finanzierungsplan

4.1 Gesamtausgaben des Vorhabens

Art	Euro
Ausgaben der Maßnahme ohne Umsatzsteuer (Netto)	
Umsatzsteuer	+
Gesamtausgaben (Brutto)	

4.2 Angaben zur Umsatzsteuer

Ich/Wir beantrage/n, dass die Umsatzsteuer als zuwendungsfähige Ausgabe berücksichtigt wird.²

- nein (Nettoförderung)
- Die für die Eingangsleistungen³ des beantragten Vorhabens in Rechnung gestellte Umsatzsteuer kann ich nach § 15 UStG als Vorsteuer abziehen (Vorsteuerabzugsberechtigung).
=> Ausgaben unter 4.3 als Nettoangaben (ohne Umsatzsteuer) erfassen.
- ja (Bruttoförderung)
- Die für die Eingangsleistungen des beantragten Vorhabens in Rechnung gestellte Umsatzsteuer kann ich nicht nach § 15 UStG als Vorsteuer abziehen.
=> Ausgaben unter 4.3 mit Umsatzsteuer (als Bruttoangaben), erfassen.

Zusätzlich ist das „Formular zur Bescheinigung des Steuerstatus bei einem Fördervorhaben“ auszufüllen und mit den entsprechenden Unterlagen an das für Sie zuständige Finanzamt zu übersenden.

Die Bescheinigung des Finanzamtes

- liegt diesem Antrag bei.
- wird spätestens zum letzten Zahlungsantrag vorgelegt.
- entfällt (aufgrund pauschaler Freistellung).

4.3 Finanzierung

I. Gesamtausgaben	<input type="checkbox"/> Brutto <input type="checkbox"/> Netto	Euro
II. Eigenmittel		Euro
III. Fremdmittel		Euro
IV. beantragte Zuwendung	Maximaler Betrag	Euro

¹ Kopien der Bescheide oder Förderzusagen sind als Anlage beizufügen

² Die Umsatzsteuer kann als zuwendungsfähige Ausgabe nur berücksichtigt werden, wenn der Antragsteller für das Vorhaben weder nach § 15 UStG vorsteuerabzugsberechtigt ist noch die Durchschnittssatzbesteuerung anwendet. Der Antragsteller muss die Umsatzsteuer endgültig tragen.

³ Eingangsleistungen sind alle Leistungen, die der Unternehmer für sein Unternehmen erhält. Hierbei kann es sich z. B. um Wareneinkäufe und um bezogene Dienstleistungen handeln. Werden diese Leistungen von einem anderen Unternehmer mit Umsatzsteuer bezogen, kann der die Leistungen empfangende Unternehmer die in der Rechnung ausgewiesene Umsatzsteuer als Vorsteuer abziehen.

5. Bereitstellung der Zuwendung/Zuweisung

Die Zuwendung/Zuweisung soll wie folgt bereitgestellt werden

Zuwendung insgesamt Euro	davon zur Auszahlung im			
	Jahr 20__ Euro	Jahr 20__ Euro	Jahr 20__ Euro	Jahr 20__ Euro

6. Kostenplan

Kostenart	Höhe in Euro		
	Netto	Umsatzsteuer	Brutto

7. Anlagen

Diesem Antrag sind folgende Anlagen (sofern zutreffend) beigelegt

Anlagen zur Projektbeschreibung

- Ggf. zusätzliche Anlage zur Projektbeschreibung gem. Pkt. 3.1 des Antragsformulars
- Topographische Karte(n)
- Flurkarte mit Kennzeichnung der von der Maßnahme betroffenen Flächen
- Detaillierte Ausgabendarstellung

Sonstige Nachweise

- Nachweis(e) zur Person des Antragstellers (Registereintrag ggf. Satzung)
- Nachweis der Gemeinnützigkeit (Finanzamt)
- Bescheinigung des Finanzamtes zum Vorsteuerabzug
- Nachweis(e) über Drittmittel (z. B. KoBa, ARGE, Lotto/Toto u. a.)
- Nachweis(e) über erforderliche Eigenmittel (grundsätzlich nicht älter als eine Woche)
- Nachweis(e) über andere öffentliche Förderung
- Aktueller Grundbuchauszug
- Zustimmung des Eigentümers bzw. Nutzers
- Erklärung, dass keine Mehrfachförderung gegeben ist
- Entscheidung(en) der zuständigen Behörde(n)
- De-minimis-Erklärung

8. Erklärungen

Ich/Wir habe/n die nachfolgenden Erklärungen wahrheitsgemäß abgegeben und bestätige/n die Kenntnisnahme der unten genannten Hinweise.

Erklärungen in Bezug auf den Antragsteller

Ich/Wir erkläre/n, dass

- die ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert ist,
- die Gewähr einer ordnungsgemäße Verwendung und Unterhaltung der geförderten Gegenstände gesichert ist,
- über mein/unser Vermögen /Unternehmen zum Zeitpunkt der Antragstellung kein Gesamtvollstreckungs-/Insolvenzverfahren kurz bevor steht, beantragt, eröffnet oder mangels Masse eingestellt oder abgelehnt wurde,
- (nur bei Antragstellern ohne eigene Rechtspersönlichkeit:) die den Antrag unterzeichnende/n Person/en für die sachgerechte Verwendung der Zuwendung haftet/haften.

Erklärungen in Bezug auf den Antrag

Mir/Uns ist bekannt, dass

- die Bewilligungsbehörde jederzeit weitere Unterlagen anfordern kann,
- alle Angaben im Antrag nachweisbar sein müssen.

Ich/Wir erkläre/n, dass

- ich/wir mit der Durchführung des Vorhabens noch nicht begonnen habe(n) und nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides beginnen werden, es sei denn ich/ wir erhalte(n) auf Antrag eine schriftliche Genehmigung zum vorzeitigen Projektbeginn. Mir/ uns ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich der verbindliche Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten ist.
- der Inhalt des GAK-Rahmenplans zur Förderung von Projekten zum nicht-produktiven investiven Naturschutz in der Agrarlandschaft in der jeweils gültigen Fassung mir/uns bekannt und diese in der zuständigen Behörde einsehbar sind,
- der Inhalt des Merkblatts Vergabe für private und öffentliche Antragsteller im Rahmen von GAK-Förderprojekten bekannt ist,
- die in diesem Antrag, den dazugehörigen unverzichtbaren und anderen Bestandteilen sowie den beigefügten Anlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind.
- die Grundsätze der jeweils geltenden Vergabe- und Vertragsordnung und des Haushaltsrechts einen Interessenkonflikt betreffend einzuhalten sind. Gemäß § 6 Abs. 1 der Vergabeverordnung (VgV) vom 12.04.2016, BGBl. I, S. 624, dürfen Organmitglieder oder Mitarbeiter des öffentlichen Auftraggebers oder eines im Namen des öffentlichen Auftraggebers handelnden Beschaffungsdienstleisters, bei denen ein Interessenkonflikt besteht, in einem Vergabeverfahren nicht mitwirken.

Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetruges - gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen)

Mir/uns bekannt ist, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, BGBl 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserheblich sind solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

Einwilligung in die Datennutzung

Ich/ wir damit einverstanden sind, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung beim Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt erfasst, verarbeitet und gespeichert sowie an die mit der Durchführung der Förderung befassten bzw. an die für die Verwaltungs- und Kontrollsysteme des Landes zuständigen Dienststellen weitergeleitet und von diesen erfasst, verarbeitet und gespeichert werden können. Außerdem ist mir/uns bekannt, dass keine Verpflichtung aufgrund einer Rechtschrift besteht, die im Antrag geforderten Angaben zu machen (§ 4 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger im Land Sachsen-Anhalt), diese Angaben jedoch für die Antragsbearbeitung erforderlich sind. Weiterhin ist mir/uns bekannt, dass ich/wir diese Einwilligung verweigern und mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann/können, die Bearbeitung des Antrags dann allerdings nicht mehr möglich ist.

Ort, Datum	Unterschrift der/s Antragsteller/s/Vertretungsberechtigten